

EH

direkt

Nr. 45

13. Mai 1998

Informationen von Beschäftigten für Beschäftigte bei der Eisenbahn und Häfen GmbH

Nichtraucherschutz

Zigarre für die Geschäftsführung

Der Betriebsrats hat am 01.04.98 die Geschäftsführung aufgefordert, eine Betriebsvereinbarung Nichtraucherschutz abzuschließen.

Zwar ist bisher der Konflikt um das Rauchen unter den Beschäftigten der Zentralen Leitstelle am deutlichsten, aber auch in anderen Großbüros und an weiteren Arbeitsplätzen „schmort“ es. Der BV-Entwurf des Betriebsrats soll für alle von EH genutzten Gebäude, Räume, Fahr- und Hebezeuge gelten.

Mit der BV sollen sich die Betriebsparteien darauf festlegen, daß dem Nichtraucherschutz aus gesundheitlichen Gründen grundsätzlich Rechnung getragen wird. Aber auch die Raucher sollen *nicht* einfach vor vollendete Tatsachen gestellt werden, etwa durch generelle Rauchverbote.

Dem Betriebsrat geht es nicht um eine „eiserne Einheitsregel“, sondern um sinnvolle Regelungen, die je nach örtlichen Verhältnissen sehr unterschiedlich ausfallen können. Dazu zählen systema-

tische Entwöhnungsangebote, der Abbau unzuträglicher Arbeitsbelastungen, die Nikotingebrauch und -mißbrauch fördern, Raucherpausen, Raucherzonen, bauliche Maßnahmen usw.

EH tut sich schwer

Am 07.05.98 fand die erste Verhandlungsrunde statt. Wie schwer sich EH tut, etwas zu tun, beweist leider die Tatsache, daß erst nach jahrelanger Auseinandersetzung und diverser Unterschriftensammlungen Mitte April die ersten ärztlichen Entwöhnungsberatungen angeboten wurden. Man wolle mit Einzelmaßnahmen weitermachen. Auch mit Abteilungen, z.B. TU 2, habe man bisher nicht gesprochen, welche Regelungen man sinnvollerweise für die ZL vorsehen könnte.

All dies riecht arg nach Verzögerung. Schon dafür hat die Geschäftsführung eine ganz dicke Zigarre verdient! Der Betriebsrat wiederholte seine Forderung, kurzfristig zu einer Vereinbarung zu kommen. Andernfalls sähe er sich gezwungen, die Einigungsstelle anzurufen. Am 22.05.98 werden die Verhandlungen fortgesetzt.

EH *direkt*

Herausgeber:

IG Metall-Vertrauenskörperleitung bei der
Eisenbahn und Häfen GmbH
Franz-Lenze-Str. 15, 47166 Duisburg
% (0203) 52-24281

Druck:

IG Metall Duisburg

Starke Gewinne für rechtsradikale DVU in Sachsen-Anhalt

Die Saat ist aufgegangen

Von Michael Müller und Hermann Dierkes

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt hat die rechtsradikale DVU fast 13 % der Stimmen gewonnen. Alles Ewiggestrige und Politpsycho- pathen vom Schlage eines steinreichen Zeitungsverlegers Frey?

Alles Leute, die sich wieder nach „Recht und Ordnung“, „Freiheit“ und dem „Volkswohl- stand“ nach Art der Nazizeit zurücksehnen (in Wahrheit staatliche Willkür, Unterdrückung aller politisch mißliebigen Strömungen, Zerschla- gung der Gewerkschaften, Hochrüstung, Ras- senwahn und Vernichtung der europäischen Juden, Weltkrieg mit 55 Millionen Toten, unsag- barem Leid und Zerstörungen ...)?

Sicher nicht die Mehrheit der DVU-Wähler. *„Der typische DVU-Wähler ist unter 30, männlich und arbeitslos“* - so die Wahlstatistiker. Aber das darf uns nicht trösten. Protest, der derart in die falsche Richtung geht, ist nicht nur gefährlich. Er bringt überhaupt nichts Positives für die von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung Betroffenen. Er bringt uns nur gegeneinander auf, und „die Dicken“ reiben sich die Hände.

Jetzt zeigen sich alle besorgt. Doch wie ernst sind die Sorgen? Die Wirtschaftsverbände sorgen sich um ausländische Investoren, die abgeschreckt wür- den. Mehr scheint sie nicht zu stören und nach ihrer eigenen Verantwortung fragen sie nicht. Die CDU schiebt SPD und Grünen die Schuld in die Schuhe. Das billige Motto: *„Protestwählerverhalten, die Tole-rierung Linksradikaler fördert Rechtsradikalis- mus“*.

Einer der wenigen, die es auf den Punkt brachten, war der PDS-Bundestagsgruppensprecher Gregor Gysi: *„Die Perspektivlosigkeit und der Frust der hauptsächlich jugendlichen Wähler, bedingt durch die katastrophal hohe Arbeitslosigkeit hat dafür ge-*

sorgt, daß die braunen Rattenfänger diesen enor- men Zulauf hatten“.

Finanziert

Dieses Wahlergebnis darf nicht verharmlost werden und muß uns alle alarmieren. Es kann sich mehr oder weniger auch in andern Bundesländern oder bei der Bundestagswahl wiederholen. Uns besorgt, daß soviele Menschen in ihrem Frust auf so primitive Sprüche der Rechtsradikalen hereinfliegen.

In Sachsen-Anhalt hat die DVU fast keine Organi- sation, keinen bekannten Sprecher. Sachsen- Anhalt ist das Bundesland mit dem geringsten Ausländeranteil in der gesamten Bundesrepublik. Ausgereicht hat eine 3-Millionen-teure Materialschlacht mit schlimmer Pauschalhetze, vor allem gegen „Aus-länder“. Finanziert von Millionär Frey, der die DVU wie einen Privatverein führt und finanziert von Unternehmern wie dem Aufkäufer der früheren DDR-Sektmarke Rotkäppchen. Was die sich davon wohl versprechen? Mit der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung - unseren Steuergeldern! - kann die DVU jetzt ihren nächsten Erfolg organisieren.

Unfähig

Die DVU macht nicht nur miese Sprüche, die auf benachteiligten Minderheiten herumtrampeln und Menschenwürde am „Blut“ festmachen wollen. Offenbar hat sich auch noch nicht überall herumge- sprochen, wie unfähig und egoistisch ihre Vertreter bisher in den Parlamenten agiert haben. Die Erfah- rungen in Schleswig-Holstein und Bremen waren eindeutig.

Arbeitslosigkeit, Lohndrückerei, soziale Ungerechtigkeit, falsche Reichtumsverteilung und mangelnde Demokratie waren nicht ihre Themen. Ihre Heldentaten waren andere: In Kiel überschüttete sie den Landtag mit Anträgen, die eindeutig rassistisch und gegen Völkerverständigung gerichtet waren. Sie glorifizierte die Nazizeit. U. a. forderte sie, Deutschlandkarten in den Grenzen von 1937 in den Schulen zu verwenden. Sie forderte die Landesregierung auf, am Grab des Hitler-Nachfolgers Dönitz einen Kranz niederzulegen.

In allen Landtagen, wo sie vertreten war, gab es schnell Krach um Fraktions- und Sitzungsgelder, Büroeinrichtungen verschwanden. Schnell gab es Krach mit der Münchner Zentrale, ohne die nichts laufen konnte. Die DVU wettet gegen Steuerver-schwendung, mischt aber munter mit. Offenbar geht es Frey und seinen Kumpanen vor allem darum, an öffentliche Gelder zu kommen, um seine Hetzblätter zu finanzieren.

Richtig kämpfen

Inzwischen ist die DVU wieder raus aus den Landtagen in Schleswig-Holstein und Bremen. Mit dem Ergebnis von Sachsen-Anhalt droht ein neuer Aufschwung. Und die Regierungsparteien CDU/CSU bilden auch noch den Resonanzboden dafür. Weil die DVU mit ihren ausländerfeindlichen Parolen aberntet, will man jetzt „rechte Wähler besser bedienen!“ In Wahrheit verstecken sie offenbar ihre eigenen nationalistischen Einstellungen nur feige hinter der DVU. Oder haben wir schon mal erlebt, daß die Kohl-Regierung nach den vielen Protesten der Belegschaften und Gewerkschaften gesagt hat: *„Jetzt nehmen wir soziale Kürzungen zurück, damit wir linke Wähler besser bedienen können?“* Wir meinen: Es ist richtig, daß die CDU erst ihr Verhältnis zu den Rechtsradikalen klären muß.

Was hat das alles mit uns bei EH zu tun? Wir meinen: Finger weg von derartigen Vereinen! Erkennen wir die Gefahr, bevor es zu spät ist. Auch in Duisburg haben die REP einmal zweistellige Ergebnisse eingefahren. Protest gegen eine Politik, die den abhängig Beschäftigten immer weniger läßt, Massenarbeitslosigkeit schamlos ausnutzt,

die Umweltvernichtung nicht stoppt und der Jugend keine Zukunft gibt, ist allemal gerechtfertigt.

Aber: Wir EH-Beschäftigte arbeiten und kämpfen mit für eine menschenwürdige Zukunft. **Miteinander und nicht gegeneinander.** Für den Lokrangierführer Mehmet und seine Familie genauso wie für den Elektriker Paul und die seinen. Für ein ausreichendes Lehrstellenangebot, damit die Jugend eine Zukunft hat, nicht wahr, liebe EH-Geschäftsführung?!

Spaltung nach „Rasse“ und Nationalität bringt nur Unheil, im Betrieb und in der Gesellschaft. Wer auf rechtsaußen hofft, kommt vom Regen in die Traube.

Neues System zur Personaleinsatzplanung

Am 29.05.98 will sich der EDV-Ausschuß des Betriebsrats über den Stand der Einführung eines neuen Systems zur Personaleinsatzplanung informieren.

Auf Seiten des Betriebsrats wird ein EDV-Sachverständiger teilnehmen. Auch hier beabsichtigt der Betriebsrat eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, die die Einsatzmöglichkeiten des Systems im Sinne der Beschäftigten regelt.

BV IAW-FT in Verhandlung

Am 04.05.98 hat der Betriebsrat der Geschäftsführung einen Vereinbarungsentwurf zur vorläufigen Regelung des EDV-Systems IAW-FT vorgelegt.

Ziel sind die Festschreibungen von Zugriffsrechten, Zugriffszeiträumen und der Ausschluß von personenbezogener Leistungs- und Verhaltenskontrolle. Die Vereinbarung ist als Zwischenschritt bis zur endgültigen Regelung des Systems IAW/Prodis II gedacht.

Spätzuschläge bei Teilzeitbeschäftigten gestrichen!?

Nicht schlecht staunten die Teilzeitbeschäftigten von TU 1, als sie vom Personalwesen einen Brief erhielten, mit der Aussage, daß die Kolleginnen gem. § 6 Ziff. 2 Manteltarifvertrag Stahl (MTV) ihre stahltypischen Zuschläge für Spätarbeit ab Mai nicht mehr erhalten.

Der Betriebsrat vertritt die Auffassung, daß diese Bestimmung aus dem MTV nicht für die Teilzeitbeschäftigten gedacht war, die ganze Schichten in dreischichtiger Arbeitsweise verfahren.

Infolgedessen wurde die IG Metall-Bezirksleitung NRW damit beauftragt, die Tarifvertragsparteien zur Klärung dieses Sachverhalts anzurufen.

Während in der gesellschaftlichen Diskussion immer mehr Teilzeitbeschäftigung gefordert wird, macht unterdessen Eisenbahn und Häfen die Rahmenbedingungen für eine vernünftige Teilzeitbeschäftigung zunichte.

Im übrigen ist diese veraltete Regelung im Tarifvertrag für die Metallverarbeitung längst aufgehoben!

5 Tage Bildungsurlaub (AWbG), die den Kopf verändern!

Die IG Metall hat noch freie Plätze anzubieten:

Gewerkschaften in der BRD
09.11. bis 13.11.98 in Duisburg

Wie entsteht ein Tarifvertrag
02.11. bis 06.11.98 in Duisburg

*Geschichte u. Zukunft der Mitbestimmung
im Betrieb*
14.09. bis 18.09.98 in Duisburg

Bitte wendet Euch an den Koll. Enger
(52-24263) oder an die Bereichsbetriebsräte.

EH-TOP

Ein Berg Papier ...

... der es in sich hat. Am 08. Mai 1998 wurden dem Betriebsrat die Untersuchungsberichte für 13 Untersuchungseinheiten (UE) von der Geschäftsführung ausgehändigt. Das entspricht ungefähr der Hälfte der laufenden UE.

Arbeitsteilig wird der Betriebsrat die Berichte durcharbeiten und am 19.05.98 in Klausur gehen. Schon eine erste Durchsicht der Unterlagen läßt keinen Zweifel: EH will weitere, zum Teil massive Rationalisierungen sowie einschneidenden Personalabbau.

Ein Teil der Rationalisierungsideen verlangt Neuinvestitionen, sinnvolle Änderungen bei der Arbeitsorganisation und ist unterstützenswert. In vielen Fällen soll allerdings knallhart auf Kosten von Arbeitsplätzen und Einkommen durchgezockt werden. Der Betriebsrat wird alle Handlungsmöglichkeiten nutzen, um dies zu verhindern oder den Schaden zu begrenzen.

Nach Durcharbeitung der Unterlagen wird der Betriebsrat die Belegschaft umfassend informieren.

_ Termine _ Termine _ Termine _

Dienstag, 16. Juni 1998, um 09.30 Uhr
Erörterungstermin der Einwendungen zum Bau einer neuen Kokerei der TKS in Schwelgern in der Rhein-Ruhr-Halle